

Einem Volk der Egoisten ist nicht zu helfen



TEXT THOMAS BESCHORNER

Wie werden wir auf die Coronazeit zurückblicken? Eine Antwort auf die Frage hängt auch davon ab, wie wir uns „mittendrin“ verhalten. Ob wir in der pandemischen Lage ein Gefühl wechselseitiger Sorge entwickeln – und uns als solidarische Menschen mit einem „versteckten Sinn für Einheit“ bewähren.

Die Schriftstellerin Margaret Atwood blickt anlässlich der Coronakrise in einem kleinen Pamphlet auf ihre Kindheit in den Vierzigerjahren in Kanada zurück. Es war eine Zeit, die geprägt war von Seuchen und ansteckenden Krankheiten, Einschränkungen im sozialen Leben, Leid und auch dem Verlust von nahestehenden Menschen. Die vielleicht wichtigste Erkenntnis der Autorin: „Die Menschheit hat das schon einmal durchgemacht. Es wird eine andere Seite geben, irgendwann. Wir müssen nur die Phase zwischen Vorher und Nachher bestehen. Romanautoren wissen: Der Mittelteil ist am schwierigsten zu gestalten. Aber es ist machbar.“

Was wird bleiben, was wird sein, wenn wir mit zeitlichem Abstand auf die beginnenden 2020er-Jahre zurückblicken werden? Kommt gesellschaftlicher Solidarität, gegenseitiger Rücksichtnahme und moralischer Verantwortung eine stärkere Rolle zu? Oder radikalisierten aktuelle Erfahrungen und Praktiken in dieser Krise ein Gesellschaftsmodell (und nicht nur eine Wirtschaftsweise), das wir Kapitalismus nennen? Alles ist drin.

Wir sollten uns diese Fragen nicht erst in 10 oder 20 Jahren stellen, sondern jetzt, im Mittendrin, in der *middle section*, um Margaret Atwoods Metaphorik aufzugreifen. Denn unser Blick in den Rückspiegel wird auch davon abhängen, wie wir uns im

Jetzt in die Geschichte einmischen. Wir werden Geschichte schreiben – so oder so. Und es wird, um im literarischen Genre zu bleiben, ein Trauerspiel sein, über das Chronisten berichten werden. Sehr viele Menschen werden gestorben sein, sehr viele Menschen Familienmitglieder und Freunde verloren haben, sehr viele Menschen Leid ertragen haben – in persönlicher, beruflicher, wirtschaftlicher Hinsicht.

In das Trauerspiel und die Leiderfahrungen sind wir durch Covid-19 eher hineingeraten, wenn auch womöglich nicht schuldlos. Hinsichtlich der Frage, welche Konsequenzen wir aus neuen Erfahrungsschätzen für eine neue Gesellschaftsordnung ziehen, sind wir aber nicht ohnmächtig, sondern können uns im Gegenteil als Bühnenmeister an einer Geschichtsschreibung betätigen.

Wird die Erzählung eine Tragödie oder eine Komödie? Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel schreibt, in einer Tragödie resignieren die Menschen vor dem, was sie im Grunde bekämpfen und anpacken wollen. Sie zerstören sich „durch die Einseitigkeit ihres gediegenen Wollens und Charakters“. Anders verhält es sich in der Gattung der Komödie, die (anders als in unserer heutigen Alltagssprache) nichts Lächerliches an sich hat. Sie zeichnet sich vielmehr durch „die unendliche Wohlgemutheit und Zuversicht“ des Menschen aus;



FOTOS: SELWYN HOFFMANN, IMAGO IMAGES (2); ILLUSTRATION: DMITRI BRODO

„durchaus erhaben über seinen eigenen Widerspruch und nicht etwa bitter und unglücklich“, so Hegel.

Wollen wir eine resignierende Tragödie vermeiden und stattdessen die Erzählung einer Komödie zur viralen Neuentdeckung der Gesellschaft angehen, so kommt dem Begriff der Solidarität eine herausragende Bedeutung zu.

Aus der Kulturgeschichte ist bekannt, dass in Zeiten extremer gesellschaftlicher Notlagen, insbesondere bei Seuchen, die Solidarität der Menschen zunehmen kann. Der Historiker Samuel Cohn beispielsweise veranschaulicht dies in seinem Buch „Lust for Liberty“ am Fall der mittelalterlichen Pest, in deren Nachgang er einen „versteckten Sinn für Einheit“ und „einen neuen Geist für sozialen Wandel“ ausmacht.

Untersuchungen zur Spanischen Grippe (1918/19) hingegen deuten auch auf einen gesellschaftlichen Vertrauensverlust, der maßgeblich auf unzureichende staatliche Institutionen zurückgeführt wird.

Freiheit nicht mit Freizeit verwechseln

Geschichte wiederholt sich nicht, sie reimt sich höchstens, kann jedoch auf systematische Phänomene deuten, die in der jüngeren Vergangenheit wichtig waren und auch im Hier und Jetzt der anhaltenden Pandemie von Bedeutung sind.

Da ist die Rolle des Staates: Als wir vor nur wenigen Monaten die Frage gesellschaftlich diskutierten, wie der wirtschaftliche Betrieb unserer Gesellschaft fortgeführt werden kann, war durchaus bemerkenswert, dass man auf den Markt kaum zählte. Die unsichtbare Hand des Marktes, von manchen Ökonomen und Ökonomeninnen immer noch quasireligiös verehrt, regelte die Geschehnisse der Krise eher wenig.

Nun soll hier nicht mit faden Sätzen die Bedeutung einer Marktwirtschaft heruntergeredet werden. Und wir sollten in der Tat bedenken, dass es Unternehmen und nicht staatliche Forschungseinrichtungen waren, die wirksame Impfstoffe entwickelt haben, die uns inzwischen wieder ein Leben in relativer Freiheit ermöglichen. Es geht hier vielmehr um den Hinweis, dass gerade die Form einer sozialen Marktwirtschaft der Krisenbewältigung zum Vorteil gereichen kann. Wir sollten wissen, dass wir in den deutschsprachigen Ländern insgesamt über vitale staatliche Haushaltspolitik, sehr gute Sozialsysteme (etwa mit der Möglichkeit der Kurzarbeit) sowie über hervorragende Gesundheitswesen verfügen.

Sicher noch wesentlicher als gesunde staatliche Institutionen ist die Rolle von Bürgerinnen und Bürgern: Viele Menschen haben zu Beginn der Pandemie sehr lebensweltlich Solidarität erfahren, sei es als Nehmer oder Geberin. Ob es der Einkauf für

„Es geht nicht nur darum, *ob* wir aus der Covid-19-Krise herausgekommen, sondern auch *wie!* Wollen wir die Gesellschaft zuverlässig neu erkunden, kommt dem Begriff der Solidarität eine herausragende Bedeutung zu“

den betagten Nachbarn war, der Applaus für Ärztinnen und Krankenpfleger oder für die Kassiererin im Supermarkt oder die Sorge für die Eltern oder Großeltern – die physische Distanz schien uns eine Zeit lang in Teilen näher zusammenrücken zu lassen.

Der Politikwissenschaftler Heinz Bude stellt zutreffend fest, dass der „Geist dieser Solidarität“, wie er es nennt, gerade modernisiert wird. Denn Solidarität beschränkt sich nicht, wie herkömmlich, auf die Inklusion benachteiligter Menschen oder Gruppen, sondern sie findet ihre Ursprünglichkeit darin, dass „alle gemeinsam empfinden, wie verwundbar sie sind. (...) Daraus ergibt sich zumindest ein Gefühl wechselseitiger Sorge und Verantwortung. Das ist etwas, was uns längerfristig befassen wird.“

Wenn wir Freiheit nicht mit Freizeit verwechseln, sondern Freiheit und Verantwortung im Sinne eines wohlverstandenen Liberalismus als zwei Seiten ein und derselben Medaille verstehen, dann sollte uns dies vor manchen Fehlern bewahren:

Erstens kann die zeitweise (berechtigte) Einschränkung von Grundrechten durch den Staat temporär gerechtfertigt sein. Aber dauerhaft kommt eine wohlverstandene Idee von Solidarität nicht ohne die Freiheit des einzelnen Bürgers aus.

Zweitens erscheint höchste Sensibilität bei der Artikulation ökonomischer Interessen angebracht, besonders wenn diese prioritär gegenüber gesundheitspolitischen Vorkehrungen ins Feld geführt werden. Das Thema „Geld oder Leben“ hat in den vergangenen 18 Monaten mitunter absonderliche Züge angenommen. Und natürlich ging es dabei stets um das eigene Geld und das Leben anderer.

Drittens können nicht nur ökonomische Fragen im engeren Sinne die gesellschaftliche Solidarität konterkarieren, sondern auch Kosten-Nutzen-Abwägungen im weiteren Sinne und in unterschiedlichen Arenen – ob es sich um die sogenannte Triage handelt, ob es um Vorschläge einer Massendurchseuchung der breiten Bevölkerung geht oder um Instrumente zur Erhöhung der Impfquote. Wir sollten die Sinnhaftigkeit möglicher Maßnahmen nicht nur von einer vordergründigen Praktikabilität abhängig machen, sondern stets auch ethisch Fragen diskutieren und bedenken, welche Auswirkungen sie auf den sozialen Frieden in der Gesellschaft haben.

Für die Politik, für die Wirtschaft, für uns alle gilt daher: Es geht nicht nur darum, *ob* wir aus der Covid-19-Krise herausgekommen, sondern auch *wie!* Diese Frage betrifft unser aller Handeln, denn um es erneut mit Hegel zu sagen: „Einem demokratischen Volke z. B., mit eigennützigen Bürgern, streitsüchtig, leichtsinnig, aufgeblasen, ohne Glauben und Erkenntnis, schwatzhaft, prahlerisch und eitel, einem solchen Volke ist nicht zu helfen; es löst sich an seiner Torheit auf.“

Wenn es uns gelingt, manche Torheiten zu vermeiden und Solidaritätspraxen einen größtmöglichen Raum in diesem „Mittendrin“ zu geben, erscheint es in Anlehnung an Margaret Atwoods Gedanken in der Tat nicht unrealistisch, ein optimistisches Schlusskapitel für die kommenden zu erzählenden Geschichten zu schreiben:

„Es wird eine andere Seite geben, irgendwann.“

THOMAS BESCHORNER, 51,

ist Professor für Wirtschaftsethik und Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen in der Schweiz. Zahlreiche Buchveröffentlichungen, darunter: „In schwindelerregender Gesellschaft. Gleichgewichtsstörungen der modernen Welt“, Murmann Verlag, 2019, 22 Euro.